

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

33 (12.12.1946)

Badische Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 1, Nr. 33

Mannheim, den 12. Dezember 1946

Preis 10 Pfg.

Brecht die Diktatur der reaktionären Bürokraten!

Zur Eröffnung des württembergisch-badischen Landtags

So lange nicht die staatsrechtliche Klärung für ganz Deutschland erfolgt ist, halten wir Kommunisten — wir haben das immer wieder betont — Verfassungen für einzelne Länder für verfrüht. Dessen ungeachtet haben wir an den Verfassungen, die jetzt in Württemberg-Baden, Bayern und Hessen angenommen wurden, mitgearbeitet und alles getan, um möglichst fortschrittliche Gedankengänge in ihnen zu verankern, um die Rechte des schaffenden Volkes zu sichern.

Von den drei Verfassungen der amerikanischen Zone trägt die württembergisch-badische am ausgesprochensten einen Kompromißcharakter.

Während der bayerischen Verfassung die reaktionären Kräfte ihr Gesicht aufprägen konnten und ihr ausgesprochen partikularistische Züge verliehen, Zweikammersystem und Bekenntnisschule einführten, während die hessische Verfassung die fortschrittlichsten Gedankengänge hat, bleibt die württembergisch-badische Verfassung in der Mitte stehen. Sie legt nichts Bestimmtes fest, sondern sucht nach mehr oder minder geschickten Formulierungen der einzelnen Paragraphen, die dann jeder nach seinem Ermessen auslegen kann.

Man will der endgültigen Regelung zahlreicher und wichtiger Fragen aus dem Wege gehen, um sie später, je nach den Machtverhältnissen im Staat, auslegen zu können.

Wir haben immer wieder die alte Erkenntnis der Arbeiterbewegung wiederholt: „Verfassungsfragen sind Machtfragen“, und angesichts des zwiespältigen Gesichts unserer Verfassung ist klar ersichtlich, daß die einzelnen Paragraphen Etappen auf dem Wege des Fortschritts sein können, oder aber das genaue Gegenteil.

Darauf spekuliert die Reaktion! Sie will die Verfassung in ihrem Sinne auslegen und handhaben!

Wurde das getan, was getan werden mußte? — Nein!

Nicht einmal das wurde getan, was getan werden konnte!

Ist die Ernährung des Volkes gesichert? — Nein!

Wurden Wohnungen gebaut? — Nein!

Ist der Heizmaterialbedarf gedeckt? — Nein!

Wurde das Schiebertum und der Schwarzhandel energisch bekämpft?

Wurde dem Warenmangel abgeholfen? — Nein! [— Nein!]

Wurden die Behörden und die Wirtschaft gesäubert? — Nein!

Wurden die Großgrundbesitzer enteignet? — Nein!

Wurde die Entnazifizierung gerecht durchgeführt? — Nein!

Eine Fülle von Aufgaben für den Landtag! Es gilt, die Diktatur der bürokratischen Saboteure des Aufbaus und einer demokratischen Entwicklung zu brechen! Machen wir einen endgültigen Schlußstrich unter das, was bisher war! Den Weg frei für die Kräfte des Fortschritts und des Neuaufbaus!

Die wahre Demokratie muß Wirklichkeit werden, und das heißt:

ALLE MACHT DEM VOLKE!

Alle Macht dem Volke!

Der Parteivorstand der SED hat auf einer außerordentlichen Tagung den Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik angenommen.

Dieser Entwurf, der leider bei uns noch viel zu wenig bekannt ist, weil die Zufuhrmöglichkeit von Publikationen aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands nicht besteht und weil die fortschrittlichen Kräfte bei uns im Westen Deutschlands bei weitem nicht über die Publikationsmöglichkeiten verfügen, welche als die Voraussetzung einer wirklichen Meinungsfreiheit betrachtet werden müssen, ist gerade im gegenwärtigen Augenblick für das deutsche Volk von großer Bedeutung.

Die Potsdamer Beschlüsse haben die Aufgabe der Schaffung einer neuen inneren demokratischen Ordnung ausdrücklich in die Hände des deutschen Volkes selber gelegt. Die besondere Lage, in der sich unser Volk heute befindet, ist dadurch gekennzeichnet, daß es die Grundlagen dieser demokratischen Ordnung finden muß.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, wird durch das Volk ausgeübt und hat dem Wohle des Volkes zu dienen. / Das Volk verwirklicht seinen Willen durch die Wahl der Volksvertretungen, durch Volksentscheid, durch die Mitwirkung an Verwaltung und Rechtssprechung und durch die umfassende Kontrolle der Verwaltungsorgane.

Abschnitt A, Artikel 2 des Verfassungsentwurfs für die Deutsche Demokratische Republik.

Auf der Tagesordnung der Zusammenkünfte der Alliierten stehen in den kommenden Tagen die Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland. Der Friedensvertrag kann nicht abgeschlossen werden ohne eine vom ganzen deutschen Volk für ganz Deutschland bevollmächtigte Körperschaft, ohne ein Parlament und eine Regierung. Zur Schaffung dieser Körperschaften ist eine Verfassung notwendig, die nur durch den Willen des gesamten Volkes zustande kommen kann. Die Schaffung der Verfassung kann nicht Angelegenheit einer Partei oder eines bürokratischen sogenannten „Nationalrates“ der Ministerpräsidenten sein, sondern sie ist die Sache des gesamten Volkes. Der Aufbau eines neuen demokratischen Deutschland kann nur das Werk des deutschen Volkes selber sein. Deshalb kommt dem Verfassungsentwurf der SED eine so große Bedeutung für die Zukunft Deutschlands zu. Deshalb müssen die Grundlagen der zukünftigen Verfassung

Die Angestellten im öffentlichen Dienst sind Diener des Volkes. Sie müssen sich des Vertrauens des Volkes jederzeit würdig erweisen.

Abschnitt A, Artikel 5 des Verfassungsentwurfs für die Deutsche Demokratische Republik.

gären, um die durch den jetzigen
ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die
Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rück-
gang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein
Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs
normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben
geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr
1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen
und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.
Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den
Kampf gegen den Militarismus, in der er den
Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die
Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel
„Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

sung Deutschlands vom ganzen deutschen Volke in allen Besatzungszonen eingehend erörtert werden. Deshalb muß das ganze deutsche Volk in einer allgemeinen Volksabstimmung seinen Willen bekunden.

Der Verfassungsentwurf der SED geht von dem Grundsatz „Alle Macht dem Volke“ aus. Er stellt den Versuch dar, das wahrzumachen, was in der Weimarer Verfassung nur auf dem Papier blieb.

Der Abschnitt A besteht aus 6 Artikeln, welche die Grundlagen der Staatsordnung festlegen. Es wird in ihnen gesagt, daß Deutschland eine unteilbare demokratische Republik, gegliedert in Länder, ist, und daß es nur eine Staatsangehörigkeit gibt, die der deutschen Republik, für die in jedem Lande die gleichen Rechte und Pflichten bestehen.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, wird vom Volke ausgeübt und dient dem Wohle des Volkes. Das Volk wirkt an Verwaltung und Rechtssprechung mit und übt eine umfassende Kontrolle der öffentlichen Verwaltungsorgane aus. Die Angestellten im öffentlichen Dienst müssen sich des Vertrauens des Volkes jederzeit würdig erweisen, denn sie sind nichts weiter als Diener des Volkes.

Der Verfassungsentwurf der SED, der auch bei uns auf breiter Grundlage besprochen werden sollte, will den wahren Sinn des Wortes Demokratie wieder herstellen.

**Demokratie — das heißt:
Volksherrschaft!**

**Demokratie — das heißt:
Alle Macht dem Volke!**

Streikordnung des FDGB

Das Streikrecht, eines der entscheidenden gewerkschaftlichen Grundrechte, das auch in unserer neuen württembergisch-badischen Verfassung ausdrücklich verankert ist, wurde jetzt durch den Vorstand des FDGB für die sowjetische Besatzungszone in ein System gebracht. Der Vorstand des FDGB hat in seiner Sitzung am 28. und 29. November eine Streikordnung beschlossen. Hiernach sollen die Werktätigen nach den Grundsätzen des demokratischen Bestimmungsrechtes in geheimer Abstimmung selbst darüber entscheiden, ob sie streiken wollen oder nicht.

Vor der endgültigen Beschlußfassung über einen Streik und seinen Beginn soll der Zentralvorstand der Industriegewerkschaft seine Zustimmung erteilen.

Soll ein lebenswichtiger Betrieb bestreikt werden, so muß außer dem Vorstand der Industriegewerkschaft auch vorher noch der FDGB-Vorstand seine Zustimmung geben.

Den Regeln, wie Streiks durchgeführt werden sollen, ist ein besonderer Abschnitt der Streikordnung gewidmet. Die Streikenden wählen sich danach unmittelbar, nachdem ein Streik beschlossen wurde, eine Streikleitung. Streikunterstützungen werden nach den auf der gleichen Vorstandssitzung des FDGB ausgearbeiteten Richtlinien gewährt.

Auf die Einzelheiten der Streikordnung werden wir in der Folge noch näher eingehen.

Wo ist der Ausweg?

Ueber dieses Thema sprach auf der Vorstandssitzung des FDGB in der sowjetischen Besatzungszone das Mitglied des Vorstandes Walter Ulbricht. Er entwickelte in seinem Referat in fesselnder Form die Veränderung der Gewerkschaftspolitik gegenüber der Zeit vor 1933. Er ging von der Lage im Bergbau und von der Ernährungsfrage aus und zeigte bei seiner Schilderung der wirtschaftlichen Lage in den verschiedenen Zonen das Wirken der reaktionären

Innerbetriebliche Vereinbarungen!

Das Betriebsrätegesetz des Kontrollrates stellt eine Reihe von Grundsätzen auf, die für die Errichtung und Tätigkeit der Betriebsräte maßgebend sind. Es unterscheidet sich aber von der bisher in Deutschland üblichen Weise der Rechtssetzung dadurch, daß es nicht eine detaillierte Regelung und erschöpfende Schilderung und Festlegung der Rechte und Pflichten, der Aufgaben und Befugnisse gibt, sondern als Rahmengesetz absichtlich den Betroffenen selbst, das heißt Arbeitern und Unternehmern die Möglichkeit gibt, in demokratischem Geiste die Einzelheiten selbst zu regeln. Dieses Gesetz bietet den Gewerkschaften, den Betriebsräten und den Werkträgern die Möglichkeit, wenn sie es verstehen, seine praktische Anwendung mit lebendigem Gewerkschaftsgeist zu erfüllen. Es heißt im Betriebsrätegesetz:

„Die Betriebsräte bestimmen im Rahmen dieses Gesetzes selbst ihre Aufgaben im einzelnen und die dabei zu befolgenden Verfahren.“

Die Rechte der Betriebsräte und der Gewerkschaften und damit der Arbeiterschaft sind also in die Hände der Arbeiterschaft selbst gelegt. Das Betriebsrätegesetz, gerade weil es die Aufgaben und Rechte der Betriebsräte nicht bis ins Einzelne festlegt, gibt uns die Möglichkeit, unsere Aufgaben und Rechte ständig weiter zu entwickeln und zu erweitern.

Darin liegt der Sinn von innerbetrieblichen Vereinbarungen, die zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung abgeschlossen sind, als einer der Wege zur praktischen Verwirklichung des auch in der neuen württemberg-badischen Verfassung garantierten Rechtes der Mitbestimmung der Arbeiter. In allen Betrieben sollten solche innerbetriebliche Vereinbarungen abgeschlossen werden, ähnlich dem Betriebsabkommen bei der Firma

Daimler Benz AG.

in Mannheim, das wir nachstehend bringen:

„Innerbetriebliche Abmachung der Firma
Daimler Benz AG, Mannheim
und des Betriebsrats:

Kräfte in Wirtschaft und Verwaltung, wie es in zunehmendem Maße in den westlichen Gebieten sichtbar wird, auf. Seine treffenden Ausführungen belegte er mit einer Fülle von Material.

Das Referat, dem sich eine ausführliche Diskussion anschloß, gipfelte in dem Vorschlag der folgenden notwendigsten Maßnahmen der Gewerkschaften zum Ausweg aus der deutschen Wirtschaftskatastrophe, die durch die Tätigkeit der Reaktion auf allen Gebieten noch vergrößert wird:

1. Einsatz der gesamten Kraft aller deutschen Gewerkschaften zur Enteignung der Kriegsverbrecher und Konzerne, sowie anderer großkapitalistischer Unternehmen;
2. Schaffung eines demokratischen Landwirtschafts- und Versorgungsapparates, in dem die Arbeiter, Landwirte, das Handwerk usw. weitgehend vertreten sind;
3. Volles Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften in der Wirtschaft und den Selbstverwaltungsorganen;
4. Baldige Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung, deren Aufgabe es ist, die restlose Entnazifizierung und die Demokratisierung durchzuführen und die Zusammenarbeit über die Zonengrenzen mit dem Ziel einer einheitlichen Wirtschaftspolitik in ganz Deutschland zu ermöglichen!

Mitbestimmung bei Einstellungen und Entlassungen, Versetzung und Beförderung (auch bei leitenden Angestellten) und Kriegsversehrten. Mitbestimmung bei Produktionsplanung und Mitarbeit zur Erfüllung des Programms.

Die Direktion gibt monatlich einen Geschäftsbericht. Zu wichtigen Geschäftsbeschlüssen zieht die Direktion Vertreter des Betriebsrates hinzu.

Die sozialen Einrichtungen des Betriebes, wie Arbeiterunterstützungen, Kasse, Werkkantine und Küche stehen unter Mitverwaltung des Betriebsrates.

Mitbestimmung bei Festsetzung und Veränderung der Arbeitszeit. Mitbestimmung bei Akkord- und Lohnregelung. Akkordfestsetzung erfolgt im Einvernehmen mit dem Betriebsrat.

Unterstützung des Betriebsrates bei Material- und Rohstoffbeschaffung.

Mannheim, den 1. Juni 1946.

Daimler Benz AG., Mannheim,

Die Geschäftsführer:

gez. Holzner Postel
gez. Ku/Sche Kunz, Wurm.

Innerbetriebliche Vereinbarungen sind Gradmesser für die Aktivität und das Kraftbewußtsein der Belegschaft. Innerbetriebliche Vereinbarungen weisen die Fähigkeit des Betriebsrates nach, des berufenen Vertreters der Werkträgern, deren Aktivität im Kampf um ihr Recht zu entfalten.

Innerbetriebliche Vereinbarungen müssen gründlich vorbereitet werden, sie sollen der Gegenstand ausführlicher Beratungen in der Gewerkschaft und der Belegschaft sein, damit sie in möglich umfassender Form den Willen der Belegschaft zum Ausdruck bringen.

Innerbetriebliche Vereinbarungen sind eine der wichtigsten konkreten Formen, in der sich das verfassungsmäßig garantierte Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der Produktion und die Interessenvertretung der Werkträgern verwirklicht.

Die Werkträgern fordern:

**Innerbetriebliche Vereinbarungen
in allen Betrieben!**

Getreideüberschuss in Bayern!

Dem Informationsdienst der KPD in München entnehmen wir:

Nach dem „Statistischen Handbuch für Bayern“, Jahrgang 1946, wurden in Bayern im Jahre 1945 insgesamt 1 012 678 to Brottreide erzeugt. Die Versorgung von neun Millionen Menschen auf Grund der heutigen Zuteilung von 8 000 gr monatlich pro Person erfordert jährlich etwa 700 000 to Getreide. Das bedeutet, daß in Bayern ein Ueberschuß an Brottreide vorhanden sein muß, auf Grund dessen man — noch dazu bei der anfangs so gepriesenen Zusammenarbeit der britischen und amerikanischen Zone — im Westen Deutschlands in der Lage sein müßte, Ernährungskatastrophen zu verhindern. Aber es zeigt sich eben, daß nicht zentraler Kuhhandel und rückschrittlicher Länder-Egoismus, sondern nur die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands die Lage aller deutschen Länder bessern kann.

Es gibt nur eine Staatsangehörigkeit der Deutschen Republik. Die Staatsangehörigen der Deutschen Republik haben in jedem Land die gleichen Rechte und Pflichten.

Abschnitt A, Artikel 6 des Verfassungsentwurfs für die Deutsche Demokratische Republik.

Ohne politische Einheit — keine wirtschaftliche Einheit!

„Als erstes Ergebnis der britisch-amerikanischen Sachverständigenberatung in Washington liegt ein Dreijahresplan vor, dessen Grundzüge General Clay in New York bekanntgab,“ meldet die Presse und fügt hinzu, daß die Zweizonen-Wirtschaft ab 1. Januar 1947 in Kraft trete. Mit dem 31. Dezember ende die Tätigkeit des Zentralamtes für Wirtschaft in der britischen Besatzungszone, und an seine Stelle trete ein Zwei-Zonen-Verwaltungsamt für die Wirtschaft der britischen und amerikanischen Zone.

In seiner New Yorker Erklärung betonte General Clay mit Nachdruck, eine politische Einheit der beiden Zonen sei nicht beabsichtigt. Die in Hamburg erscheinende Zeitung „Die Welt“ erläutert diese Erklärung General Clays folgendermaßen: „Deutschland hat ein Interesse daran, daß seine Zukunft im Augenblick weniger auf der politischen und moralischen Ebene diskutiert wird, als auf der Ebene der wirtschaftlichen Vernunft.“

Dem ist ganz und gar nicht so. Die wirtschaftlichen Fragen Deutschlands sind politische Fragen. Die Ernährungs- und Wirtschaftskrise im Westen hat ihre Ursache darin, daß die notwendigen politischen

Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, gegliedert in Länder.

Abschnitt A, Artikel 1 des Verfassungsentwurfs für die Deutsche Demokratische Republik.

Maßnahmen nicht durchgeführt wurden. Die Ernährungskatastrophe im Westen zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Ernährung der Bevölkerung nicht sichergestellt werden kann, wenn die Macht im Dorfe nach wie vor in den Händen der Junker liegt, die sie dazu benutzen, die Ablieferung zu sabotieren. Die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate haben aller Welt vor Augen geführt, daß es unmöglich ist, eine gerechte Erfassung und Verteilung der Lebensmittel zu erreichen, solange diese in den Händen des alten faschistischen Reichsnährstandes liegt, der kein anderes Ziel kennt als die Sabotage der Volksernährung.

Angesichts dieser Tatsachen kann es keinen Zweifel mehr darüber geben, daß der einzig mögliche Weg für eine Gesundung der Wirtschaft in der Säuberung der Verwaltung von aktiven Nazis, in der Durchführung einer demokratischen Bodenreform und in der Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher in der Industrie besteht. Das aber heißt die politische Einheit Deutschlands herstellen, ohne die eine Wirtschaftseinheit undenkbar ist.

Zur Beachtung!

Das Mitgliedsbuch des Genossen Wolfgang Teufel, (Mitglieds-Nummer 2578), wohnhaft Mannheim-Waldhof, Hainbuchenweg 17 sowie das Mitgliedsbuch des Genossen Franz Avenius, (Mitglieds-Nummer 130), wohnhaft Waldhof-Schönau, Kattowitzer Zeile 47, gingen verloren und sind deshalb ab sofort gesperrt. Gültigkeit haben nur die ausgestellten Duplikatbücher!

Kommunistische Partei Deutschlands Landesleitung Baden.

Alle wollen die „Badische Volksstimme“ lesen — Gib sie weiter!

Sowjettfreundliche Erklärungen des Dekans von Canterbury.

„New York Herald Tribune“ vom 18. November erfährt aus Canterbury:

„Dr. Hewlett Johnson, der „Rote Dekan“ von Canterbury, verlangte „Geduld und Höflichkeit“ gegenüber Rußland, um Argwohn und Reibungen unter den Weltmächten zu verringern. Zur Rolle der Sowjetunion im Rat der Außenminister und in der UN sagte er:

„Vor dem Kriege wurde Rußland als ein Paria, als schwach und minderwertig behandelt. Es hat jetzt eine Kraft entwickelt, die die Welt in Erstaunen gesetzt hat. Seine Standhaftigkeit in Stalingrad gab ihm neues Vertrauen und neue Kühnheit. Man kann es nicht länger mißachten.“

„Jeder Mensch und jede Nation in solcher Lage hätte naturgemäß eine Neigung mißtrauisch zu sein,“ sagte er, „und man solle ihm das hingehen lassen“. Auf seiten der Angloamerikaner müßte mehr Neigung zum Geben und weniger Neigung zum Nehmen herrschen. Der bloße Gedanke an einen anglo-amerikanischen Block ist von Übel. Die Sowjetunion hat das Gefühl, daß sie an der Entwicklung, die zum Kriege führte, unschuldig war. Sie ist überzeugt, daß der zweite Weltkrieg, wenn ihre Politik zwischen den beiden Kriegen angenommen worden wäre, niemals zustande gekommen wäre. Großbritannien und die USA haben diese Umstände nicht berücksichtigt.“

Das ist der Mann

den man maßgeblich an der Kartoffelversorgung von Mannheim beteiligt hatte



Wer ist es?

Als sich herausstellte, daß die zuständigen Behörden und Stellen nicht in der Lage sind, die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu sichern, hat sich die Gewerkschaft als die Vertreterin des schaffenden Volkes eingeschaltet und in Zusammenarbeit mit dem Landesernährungsamt in dem Einzugsgebiet für Mannheim, im Odenwald, selbst die Erfassung der abzuliefernden Kartoffeln in die Hände genommen. Die Selbsthilfeaktion der Gewerkschaft war von Erfolg begleitet. Ganz eindeutig hat sich erwiesen, daß unsere Ernährung nur gesichert werden kann, wenn das Volk die Kontrolle selber in die Hände nimmt. Es gibt einen Weg aus der Ernährungskrise und der Hungerkatastrophe, die Gewerkschaften haben ihn durch ihr erfolgreiches Vorgehen aufgezeigt: **Die Verwirklichung des vollen Mitbestimmungsrechtes und der maßgeblichen Mitarbeit und Kontrolle des schaffenden Volkes selber!**

Es hat sich herumgesprochen, daß dieser Weg der richtige ist! Die Werktätigen der ausgebombten Städte haben neue Hoffnung gefaßt! Sie sind sich ihrer Kraft bewußt geworden und wissen, daß das tägliche Brot des Arbeitmannes nur gesichert werden kann, wenn der unfähige Bürokratenapparat in seiner diktatorischen Ueberheblichkeit beschränkt und das volle Mitbestimmungsrecht der Werktätigen verwirklicht wird.

Diese Erkenntnis ist den heute noch für die Ernährungswirtschaft Verantwortlichen

äußerst unangenehm. Die reaktionären „Fachleute“, welche die Ernährungskatastrophe herbeigeführt haben, wünschen nicht, daß das Volk seine Kraft erkennt.

Deshalb wurde auf „höhere Anordnung“ die Weiterführung der Erfassungsaktion der Gewerkschaften bis auf unbestimmten Zeitpunkt untersagt.

Man hat die verfassungsmäßig garantierte Mitbestimmung und Mitwirkung der Werktätigen unterbunden und beteiligte maßgeblich an der Kartoffelversorgung von Mannheim den „bewährten Fachmann“, den oben abgebildeten Nazi und Großschieber

Karl Stahl

aus Neckarhausen, einen, wie man ersieht, recht alten Pg mit der Nummer 333 618.



Vor einiger Zeit in einem Gerichtsverfahren unbegreiflicherweise „mangels Beweisen“ freigesprochen, ist zu hoffen, daß eine Berufungsverhandlung diesen Mann aus dem Geschäftsleben ausschalten wird.

Wie konnte die Ernährung der Bevölkerung gesichert werden, wenn sie in den Händen solcher „Fachleute“ lag! Wir fordern eine gründliche Reinigung sämtlicher für die Ernährung verantwortlichen Behörden und Stellen. **Wir fordern** parlamentarische Untersuchung der Ernährungskatastrophe. **Wir fordern** die Verwirklichung des verfassungsmäßig garantierten Rechts auf Mitbestimmung der Werktätigen in allen Fragen des Lebens. Nur das schaffende Volk selber ist in der Lage, die Diktatur der reaktionären Ernährungsbürokratie zu brechen und den Hunger erfolgreich zu bekämpfen!

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er die Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Vereinigung politisch Verfolgter auch in Mannheim zugelassen

Endlich haben auch in Mannheim, als der letzten Stadt in Deutschland, die politisch Verfolgten des Nazisystems ihre Interessenvertretung gefunden. Die Vereinigung politisch Verfolgter ist durch die Militärregierung zugelassen worden, und ein Zustand findet damit sein Ende, der, ein schreiendes Unrecht und in Deutschland einzigartig, zu untragbaren Folgen geführt hat. Nicht nur, daß die politisch Verfolgten des Naziregimes bisher keine Grundlage hatten, um ihre Forderung auf Wiedergutmachung der von den Nazis zugefügten Schäden zu vertreten, haben auch vielerlei üble, zeitweise kriminelle Elemente aus diesem Zustand rücksichtslos Vorteile und das Ansehen der Opfer des Faschismus in übler Weise in den Schmutz gezogen.

Nachdem die Militärregierung die Erklärung abgegeben hat, daß im Gebiete von Württemberg-Baden nur solche Personen sich als politisch Verfolgte des Nazisystems bezeichnen dürfen, welche eine von der „Vereinigung ehemaliger politisch Verfolgter des Naziregimes“, mit dem Sitz in Stuttgart, ausgestellte Bescheinigung darüber haben, ist der Zeitpunkt gekommen, die Dinge zu bereinigen und die Schädlingselemente rücksichtslos zur Rechenschaft zu ziehen und auszuschalten. Die Vereinigung politisch Verfolgter in Mannheim eröffnet dieser Tage unter Leitung eines provisorischen Vorstandes ein Büro, in welchem die fraglichen Ausweise ausgestellt werden. Es bleibt einer dann einzuberufenden allgemeinen Versammlung aller politisch Verfolgten vorbehalten, auf demokratische Weise einen Vorstand zu wählen, der ihr Vertrauen besitzt und in der Lage ist, ihre berechtigten Interessen zu vertreten.

Pforzheim

Falscher Ton!

In letzter Zeit häufen sich die Klagen der Bevölkerung über den Ton, der teilweise auf den Rathäusern und in den Amtsstuben herrscht. Manchmal nimmt er Formen an, daß man glauben könnte, der Nazismus sei noch in der höchsten Blüte. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß eben in diesen Stellen sehr viele Personen sitzen, die noch mit Nazi-Ideologie behaftet sind, selbst dann, wenn sie ihren Sühnebescheid schon haben und nur als Mitläufer gelten. Es ist wieder dringend notwendig, darauf hinzuweisen, daß Beamte und Angestellte auf den Rathäusern und bei öffentlichen Körperschaften für das Volk da sind und nicht umgekehrt.

Berufung von Stadtrat Schick

Der Stadtrat Schick wurde als kommissarischer Leiter für das Wohnungsamt Pforzheim eingesetzt. Er wird das Amt solange führen, bis der neue Leiter endgültig bestimmt ist. Stadtrat Schick wird versuchen, im Rahmen des Möglichen sich für die Wohnungssuchenden einzusetzen, insbesondere wird er sein Hauptaugenmerk darauf richten, daß die total Ausgebombten, welche heute noch in Gartenhäusern, Kellern und Waschküchen hausen müssen, irgendwie wohnlich unterzubringen. Es wird erwartet, daß die vom Unglück nicht Betroffenen einsehen, daß Hilfe nützlich und ihre noch verfügbaren Räume zur Verfügung stellen.

Heinsheim

Zu den in unserer Nummer 32 vom 6. Dezember 1946 gestellten Fragen, wir betonen ausdrücklich, daß es sich nur um Fragen, und nicht um Behauptungen drehte, erhielten wir inzwischen auf die Frage 2 von anderer Seite die Mitteilung, daß Bürgermeister Kühner mit dieser Angelegenheit nichts zu tun hat. Leider ist uns Herr Kühner selbst auf alle anderen Fragen noch eine Antwort schuldig geblieben, obwohl er uns eine „Erklärende Stellungnahme“ zusandte, auf die wir in unserer nächsten Ausgabe näher eingehen werden.



Mannheim

Aktivist in Werkswohnung

Die Belegschaft der Vereinigten Jutespinnereien und Weberei Waldhof stellt mit Enttäuschung fest, daß der einstige Betriebsführer und Betriebsobmann H. E. Gulden noch immer seine Werkswohnung auf dem Fabrikgelände beibehalten kann. Wer war Gulden? Als Aktivist und Militarist stadtbekannt, zeigte er sich äußerst robust und schlagfertig gegenüber einstigen Fremdarbeitern. Nicht nur, daß er 1943 eine Frau, die als Weberin nach 15-jähriger Tätigkeit ausspannen mußte, für vier Wochen ins Gefängnis brachte, ließ er einen Betriebskollegen für drei Monate in das berüchtigte und gefürchtete Zwangsarbeitslager „Schwarzwaldhochstraße“ befördern. Seine zündenden Reden als Bataillonskommandeur im Volkssturm dürften wohl noch allen in Erinnerung sein.

Die Belegschaft verlangt dringend, daß Gulden, der ja schon seit Februar dieses Jahres dem Arbeitsamt zur Verfügung steht, jedoch immer noch nicht in entsprechender Tätigkeit beim Wiederaufbau eingesetzt ist, sofort seine Wohnung auf dem Werksgelände räumen muß, damit sie nicht täglich an die Tage des Dritten Reiches erinnert wird.

Wo bleiben die Untergewichtsmengen?

Aus allen Stadtteilen häufen sich die Beschwerden, daß beim Einkauf von Lebensmitteln, insbesondere von Zucker und Butter, ein erhebliches Untergewicht festzustellen ist. In verschiedenen Geschäften wurden Untergewichte bis zu 28 und 42 Gramm festgestellt. Verschiedene Geschäftsleute erklären, daß sie schon mehrfach das Eichamt gebeten hätten, ihre Gewichte nachzuprüfen bzw. genauere Gewichte zu liefern. Geschehen sei bis heute nichts. Inwieweit dies stimmt, mag dahingestellt sein. Tatsache ist, daß diese Geschäftsleute, obwohl sie wußten, daß ihre Gewichte nicht stimmen, seelenruhig weiterverkaufen und eigenartigerweise immer zum Nachteil des Kunden. Ist da nicht die Frage berechtigt, was der Geschäftsmann mit der ihm verbleibenden Überschussmenge macht? Auch hier scheint uns eine Quelle des Schwarzhandels zu liegen, die mit den schärfsten Mitteln zum Versiegen gebracht werden muß.

Weinheim

Bucheckern-Skandal!

Vor mehreren Wochen fanden zwischen der Landwirtschaftlichen Genossenschaft, sowie der Konsumgenossenschaft in Nordbaden und den Gewerkschaften Verhandlungen statt, wie man den sehr starken Anfall von Bucheckern am zweckmäßigsten erfaßt, weiterleitet und schlägt, um so den Menschen, die sich die ungeheure Mühe des Sammelns gemacht hatten, noch vor den Feiertagen das zuständige Öl aushändigen zu können. Der Beschluß ergab, daß die Landwirtschaftlichen Genossenschaften sich bereit erklärten, die Lagerräume zur Verfügung zu stellen, während die Konsumgenossenschaften das fertige Öl, ohne Unkostenzuschlag zu verteilen hätten. In kleineren Orten sollte der ortsübliche Einzelhandel eingeschaltet werden. Die Ablieferungsquote wurde anfänglich auf 12 Pfund, am nächsten Tag auf 10 Pfund Bucheckern für 1 Liter Öl festgesetzt. Wie wir es fast in allen Fällen gewohnt sind, handelte es sich auch hier wieder um einen reinen Pa-

pierbeschluß, während in der Praxis nun Zustände eingerissen sind, die jeder Beschreibung spotten. Aus verschiedenen Zuschriften entnehmen wir folgende Ausführungen:

„In Weinheim haben sich die Verhältnisse zu einer Katastrophe entwickelt. Der Ansturm all derer, die ihre Bucheckern geschlagen haben wollen, wächst von Tag zu Tag. Die Polizei ist nicht mehr Herr der Lage. Aus der nahen und weiteren Umgebung, u. a. von Kassel und Gießen, kommen die Menschen nach Weinheim gefahren, um schon den Abend vorher sich über Nacht auf der Straße anzustellen, um morgens bei den Ersten zu sein. Leute, die in der Nacht vom Sonntag, den 8. zu Montag, den 9. Dezember, sich um 2 Uhr früh anstellten, hatten schon rund 60 Vordermänner. Der Grund, warum besonders von Hessen die Sammler kommen, liegt darin, weil in Hessen 13 Pfund für den Liter abgegeben werden, während sie in Weinheim bei dem Müller Fuchs nur 8 Pfund abliefern müssen. Es ist keine Seltenheit, daß oft 1500 bis 1600 Menschen vor der Fuchs'schen Mühle sich in Kälte und Regen bei Nacht schon ansammeln.“

Wo liegt hier die Schuld? Wer ist für diese Zustände verantwortlich? Warum verlangt man in Hessen 13 Pfund für 1 Liter?

Soweit die Leserschrift! Tausende von Werktätigen, die unter großen Mühen und Entbehrungen Bucheckern sammelten, sind über solche Zustände aufs Äußerste empört und erwarten eine klare Stellungnahme der zuständigen Stellen. Oder sollten hier Kräfte am Werk sein, die über solche Fragen hinweg die aufbauende Demokratie zu Schanden reiten wollen?

Karlsruhe

Aus bestimmten Leserschriften entnehmen wir folgendes:

Die Peter- und Paulkirche Karlsruhe hat kurz vor der Wahl einige Auserwählte durch nachstehenden Handzettel zu einem kleinen Schmaus eingeladen:

„Einladung — Vertraulich!“

Aus Anlaß des Elisabeth-Festes wollen wir Heimkehrer, die uns bekannt und gemeldet sind, bewirten und erfreuen. Wir laden Sie daher ein, am Mittwoch, den 20. November 1946, abends 6 Uhr, ins Herz-Jesustift zu kommen. Da wir nur eine genau begrenzte Anzahl Gäste versorgen können (Materialmangel) und Neid vermeiden wollen, bitten wir Sie, die Sache für sich zu behalten und diesen Zettel zu vernichten. Gruß

Peter und Paul.“

Diese „begrenzte Anzahl Gäste“ bestand aus rund 60 Personen. Es gab Bohnenkaffee, belegte Brote und in reichlicher Menge guten Kuchen. Für die Unterhaltung sorgten zwei junge Pfarrer, die sich direkt an die einzelnen Eingeladenen mit folgender Frage wandten: „Na, wie lange waren Sie in Rußland, Sie haben doch da sicher nicht viel Angenehmes gesehen?“ Auf die Antwort eines Gastes, daß es ihm ganz gut ergangen sei und er keine Klagen hätte, entstand bei den beiden pfarrherrlichen Fragestellern leichtes Unbehagen, was zur Folge hatte, daß der Gefragte sich bis zum Ende dieser Feier ungestört mit seinem Kuchen beschäftigen konnte.

Es hat bestimmt niemand etwas dagegen einzuwenden, wenn unseren Heimkehrern Wohltaten erwiesen werden. Aber dann soll das nicht so geheimnisvoll nur an solche geschehen, die als zuverlässig nach CDU-Gesichtspunkten bekannt und gemeldet sind und solche Wohltaten sollten nach dem christlichen Samariterstandpunkt uneigennützig und nicht als versteckte Wahlpropaganda erwiesen werden. Vor allen Dingen aber dürfen dann nicht Materialien verwandt werden, die irgendwo im Ausland für einen wahrscheinlich entschieden anderen Zweck, vielleicht für unterernährte Kinder oder für Opfer des Faschismus, gesammelt worden sind. Aber Kinder dürfen ja nicht wählen und der politische Standpunkt der Opfer des Faschismus kann durch ein paar Stücke Kuchen nicht erschüttert werden.

Soweit die Zuschrift. Vielleicht kann uns „Peter und Paul“ beraten, woher diese Lebensmittel kamen.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim S 3, 10, Telefon Nr. 432 80. Auflage 50 000. Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim an der Bergstraße, Friedrichstraße 24. / Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.